

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die sechste Plenarsitzung des neugewählten Landtages, zu der ich Sie alle ganz herzlich begrüße.

Mein Gruß gilt wie immer auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich habe die überaus angenehme Pflicht, in Ihrem Namen heute zwei Geburtstagskindern zu gratulieren. Ihren **Geburtstag** feiern heute im Kreis ihrer Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der SPD die Herren und Kollegen **Jürgen Berghahn** und **Bernhard von Grünberg**. Beiden herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Der voraussichtliche Verlauf der heutigen Plenarsitzung lässt vermuten, dass Sie noch gut zu Ihrer abendlichen privaten Feier anreisen können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir schon bei der **Tagesordnung** und kommen zu Tagesordnungspunkt

1 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/127

erste Lesung

Ich bitte diejenigen, die dringende Gespräche zu führen haben, das draußen zu tun, weil das dem Geräuschpegel im Raum sehr zuträglich wäre. Vielen Dank.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ging alles sehr schnell: Der alte Landtag hat sich aufgelöst. Es gibt einen neuen Landtag, es gibt eine neue Regierung.

In der heutigen ersten inhaltlichen Sitzung rufen wir wieder einen Gesetzentwurf auf, der in der letzten Legislaturperiode kurz vor der Verabschiedung gestanden hat.

Für uns gilt: Versprochen ist versprochen. Und wir halten, was wir versprechen. Der Klimaschutz und das Klimaschutzgesetz sind eine Leitlinie auch dieser neuen Landesregierung.

Dabei ist klar, der globale Klimawandel wartet nicht auf unsere Beschlussfassung, sondern schreitet ungebremst voran. Die Folgen sind international, national, aber auch regional spürbar.

Wir wissen, Nordrhein-Westfalen ist das Energie- und Industrieland Nummer eins in Deutschland und in der Konzentration auch in Europa. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für ein neues Energiezeitalter und für den Klimaschutz. Wir wollen die Energiewende schaffen und das auch mit den Anstrengungen verbinden, die notwendig sind, um den Klimaschutz hinzubekommen. Wir wollen vielleicht sogar noch etwas mehr, nämlich eine Vorreiterrolle übernehmen, weil wir uns davon auch die eine oder andere ökonomische Chance versprechen.

Klimaschutz made in Nordrhein-Westfalen – das ist eine Marke, mit der wir uns national und international positionieren können und wo wir in Form einer ökologischen und ökonomischen gesellschaftlichen Leitentscheidung unsere Kräfte bündeln sollten.

Es ist klar, wir in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik werden mit unseren Anstrengungen das Weltklima nicht retten. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wenn die europäischen, wenn die nationalen und wenn unsere eigenen Ziele realisiert werden sollen auf der Strecke 2020 bis 2050, dann wird das nicht gehen, ohne dass wir es hier bei uns schaffen. Wo denn sonst, wenn nicht hier, ist unsere Botschaft. Es ist eine Marke: ökologisch zwingend, ökonomisch geboten, Ökologie und Ökonomie in einer Hand – darin liegen für unseren Standort gute Chancen.

Um es an Zahlen deutlich zu machen: Auf Nordrhein-Westfalen entfallen gut 30 % des nationalen CO₂-Ausstoßes, wir produzieren 33 % des Stroms, und wir emittieren aktuell gut 300 Millionen t CO₂.

Um das Ziel 2050 zu erreichen, was nicht wir hier uns gesetzt haben, sondern das national aufgestellt worden ist und europäisch gilt, müssen wir auf 70 Millionen t herunterkommen – eine gewaltige Anstrengung, eine Jahrhundertherausforderung. Und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir das zu einer politischen Leitentscheidung machen.

Um es dann noch einmal auf jeden Einzelnen herunterzubrechen: Zurzeit stoßen wir in der Bundesrepublik Deutschland pro Kopf 10 t im Jahr aus, in Nordrhein-Westfalen sind es 16 t. Die Zielgröße 2050 ist dann irgendwo zwischen 3,5 t und 4 t. Auch das ist – von der Dimension her – eine gewaltige Herausforderung für die nächsten 40 Jahre.

Die neue Landesregierung hat deshalb keine Zeit verloren. Wir bringen den Gesetzentwurf zum Klimaschutzgesetz nun erneut in den Landtag ein. Das ist ein guter, ein solider Gesetzentwurf. Er ist vielfach diskutiert worden mit allen gesellschaftlichen Akteuren und in der Beratung auch gereift.

Gegenüber dem Entwurf aus dem Oktober 2011 haben wir einige kleinere Modifikationen vorgenommen, die insbesondere aus der Sachverständigenanhörung des Landtages, aber auch aus anderen Diskussionen entsprungen sind.

Der Entwurf hat das Ziel, 2020 25 % CO₂ zu minimieren in Nordrhein-Westfalen, 2050 dann im nationalen Rahmen minus 80 % gegenüber 1990. Das sind in der Tat ambitionierte Ziele, die in den einzelnen Bereichen Energieeinsparung, Ressourcen- und Energieeffizienz, aber vor allem Ausbau der Erneuerbaren umgesetzt werden müssen.

Wir brauchen in den nächsten Jahren massive Investitionen, gerade in diesen drei Bereichen, um auch im nationalen Wettbewerb die Position Nordrhein-Westfalens nicht zu verlieren. Wir sollten uns nicht in zehn Jahren umschauen, und um uns herum ist die schöne neue Welt des Klimaschutzes und der Energiewende entstanden. Schleswig-Holstein: aktuell mit einer Zielsetzung, 300 % Erneuerbare zu produzieren, also dreimal so viel, wie für den eigenen Verbrauch benötigt wird. Bayern – nicht unbedingt wie Nordrhein-Westfalen regiert –: mit der Zielsetzung, 2020 50 % Erneuerbare zu produzieren.

In diesem Konzert müssen wir uns wiederfinden, müssen unsere eigenen Anstrengungen bündeln. Und deshalb ist es richtig, mit einem eigenen Gesetz hier auch die Zielmarken für Nordrhein-Westfalen zu setzen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Ganze wird aber nur gelingen – und das ist der Unterschied zu vielen anderen Prozessen –, wenn es eine gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsanstrengung wird, wenn alle mitmachen. Wirtschaft, Industrie, Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, kleine und mittlere Unternehmen: Alle müssen mitmachen. So hat es jedenfalls auch die Ethikkommission der Bundesregierung formuliert. Das Ganze – Energiewende und Klimaschutz – kann nur gelingen, wenn es ein Gemeinschaftswerk, eine Gemeinschaftsanstrengung wird.

Deshalb kann man eine solche Jahrhundertaufgabe, eine solche Herausforderung nicht im Hinterzimmer bewältigen. Das ist die eigentliche Botschaft des Klimaschutzgesetzes. Wir setzen Ziele, wir beschreiben bestimmte Mechanismen, wir verständigen uns auf ein Monitoring. Aber die Ausfüllung, die Maßnahmen, die Konsequenzen, die beraten wir mit den gesellschaftlichen Akteuren, um sie dann

erneut in den Landtag wieder einzubringen im Rahmen eines Prozesses des Klimaschutzplans.

Dieser Prozess ist angelaufen; die Akteure sind beteiligt. Ich hoffe, dass auch viel Unterstützung aus den Reihen der Abgeordneten und des Landtags kommen wird, um diesen Prozess zu einer erfolgreichen Geschichte für Nordrhein-Westfalen zu machen.

Dialog, Partizipation und Transparenz schaffen Akzeptanz, und das ist auch notwendig. Wir wollen es anders machen als die Bundesregierung, die mit ihrem Energiekonzept im Hinterzimmer mit den vier großen Energieversorgern die Zielsetzungen ausgehandelt hat. Wir wollen in den offenen Dialog mit allen Beteiligten, und das ist Kern des Klimaschutzgesetzes und der Anstrengungen, die jetzt vor uns liegen.

Einen Punkt möchte ich an dieser Stelle noch einmal besonders herausstellen, weil wir da eine besondere Anstrengung in Nordrhein-Westfalen vor uns haben. Ich habe eben schon betont, dass wir von einem sehr hohen Niveau kommen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir hier sehr viele energieintensive Unternehmen haben, wobei – auch das sei gesagt – die Wirtschaft und die Industrie ihren Beitrag seit 1990 schon übererfüllt haben. 40 % CO₂-Minimierung gegenüber 1990 in der Produktion ist eine beachtliche Leistung. Kein anderer Bereich – weder die Mobilität noch der private Haushalt oder die Energieerzeugung – hat das bis heute hinbekommen. Insofern könnten und sollten die Wirtschaft und die Industrie hier auch etwas selbstbewusster auftreten.

Aber die anderen Bereiche müssen nachholen, und vor allem in der Energieproduktion müssen wir uns in Nordrhein-Westfalen anstrengen, und zwar gerade vor dem Hintergrund eines Standortes, der auf energieintensive Produktion angewiesen ist. Wir wollen die Wertschöpfungskette zusammenhalten. Wir brauchen die Grundstoffproduktion, wir brauchen gute und bessere Materialien, wir brauchen die chemische Industrie, wir brauchen Stahl und Aluminium, und wir brauchen auch den Maschinenbau. Das macht unseren Standort aus.

Deshalb ist es eine besondere Gestaltungsaufgabe, Energiewende und Klimaschutz zu versöhnen im Hinblick auf die Notwendigkeit, sehr viel Energie in der Primärproduktion zu haben. Das ist die Gestaltungsaufgabe für diesen Standort.

Da stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland mit wenigen anderen alleine. Deshalb müssen wir uns auf den Weg machen. Da liegt aber auch die große Chance für unsere Zukunft, für unsere Arbeitsplätze sowie für unsere ländlichen und Ballungsraumstrukturen in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb biete ich auch heute allen noch einmal an, sich intensiv an diesem Prozess zu beteiligen, den Gesetzentwurf zügig zu beraten und dann auch die Konkretisierungen vorzunehmen. Wir wollen Nord-

rhein-Westfalen zum Klimaschutzland Nummer eins machen. Dafür brauchen wir jede Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir beraten heute – mal wieder, muss man ja sagen – in erster Lesung das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Dieser Entwurf hat dem letzten Landtag in fast gleicher Form – der Minister hat es gerade ausgeführt – schon zur Debatte vorgelegen, und wir hatten dazu im Februar dieses Jahres eine lange, sehr aufschlussreiche und sehr intensive Anhörung. Verschiedene Anregungen der Experten sind in den neuen Entwurf eingeflossen. Die Anhörung hat aber zugleich deutlich gemacht, wie wichtig Klimaschutzpolitik ist und wie drängend der Klimawandel hier bei uns ist. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben deshalb in ihrem Koalitionsvertrag unmissverständlich deutlich gemacht, dass Klimaschutz eine der größten Herausforderungen der Zukunft ist, der wir uns auch hier in Nordrhein-Westfalen konzentriert und aktiv stellen müssen.

Die globale Erwärmung hat Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche der Menschen. Der Klimawandel verursacht langfristige und zum großen Teil irreversible Schäden. Er bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit weltweit. Wir dürfen nicht vergessen, dass er damit auch die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen gefährdet.

Wir sehen zum Beispiel an den Vorkommnissen wie dem damaligen Orkan Kyrill oder dem Starkregen 2008 in Dortmund, dass sich das Klima in Nordrhein-Westfalen gewandelt hat. Die langjährigen Wetteraufzeichnungen zeigen, dass in unserem Bundesland die Temperatur innerhalb der letzten 100 Jahre im Mittel um etwa 1,5 Grad angestiegen ist. Heute gibt es deshalb deutlich weniger Frosttage und mehr warme Sommertage. Ich würde mir die allerdings auch in den nächsten sechs Wochen wünschen.

Neben der Erwärmung der Lufttemperatur lässt sich der Klimawandel vor allem an den Niederschlägen ablesen. Um rund 15 % haben diese in Nordrhein-Westfalen seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts im Durchschnitt zugenommen.

Obwohl wir hier in Mitteleuropa im Vergleich zu anderen Regionen der Welt noch die geringsten Risiken tragen, hinterlässt der Klimawandel auch in Nordrhein-Westfalen spürbare Spuren. Mit seiner

hohen Bevölkerungsdichte, einer teuren Infrastruktur und einer ausgeprägten Land- und Forstwirtschaft ist Nordrhein-Westfalen verletzlich gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels.

Dies hat zwangsläufig finanzielle Konsequenzen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung würden auf Deutschland Kosten durch Klimaschäden allein bis zum Jahre 2050 in Höhe von rund 800 Milliarden € zukommen. Das würde für Nordrhein-Westfalen eine Mehrbelastung von sage und schreibe 70 Milliarden € bedeuten.

Aufgrund dieser drängenden Probleme hat sich die Regierungskoalition entschlossen, mit dem Klimaschutzgesetz einen neuen Weg zu gehen und sich der Verantwortung, die sie auch gegenüber den kommenden Generationen hat, zu stellen. Wir müssen uns diesem Thema auch deshalb stellen, weil dem Energieland Nordrhein-Westfalen bei der Erreichung der Klimaschutzziele in der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Rolle und Aufgabe zukommt. Minister Remmel hat dazu konkrete Ausführungen gemacht.

In Nordrhein-Westfalen werden rund ein Drittel aller in Deutschland entstehenden Treibhausgase emittiert, knapp 30 % des in der Bundesrepublik benötigten elektrischen Stroms erzeugt, fast ein Viertel der deutschen Endenergie und 40 % des bundesdeutschen Industriestroms verbraucht. In Nordrhein-Westfalen müssen folglich Maßnahmen zur Emissionsminderung intensiver bedacht und geplant werden als in allen anderen Bundesländern.

Mit der Erarbeitung dieses Klimaschutzgesetzes hat die rot-grüne Landesregierung nochmals die Chance ergriffen, Nordrhein-Westfalen in Sachen Umwelt- und Klimaschutz wieder zum Vorreiter zu machen. Wer sonst, wenn nicht wir in Nordrhein-Westfalen? Auf die Bundesregierung können wir nicht warten. Das Gesetz sorgt erstmals für die gesetzliche Verankerung von Klimaschutzzielen in unserem Land und für die rechtliche Grundlage zur Erarbeitung von Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen. Unser Ziel, die Treibhausemissionen bis 2020 um mindestens 25 % zu senken, ist ambitioniert, notwendig und machbar.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Diskussion über ein Bundesklimaschutzgesetz schnell eingestellt. Deshalb kommt nun auch den Bundesländern eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele zu. Dieser Verantwortung stellen wir uns in Nordrhein-Westfalen mit diesem Klimaschutzgesetz.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Klimapolitik ist aber auch eine soziale Frage geworden. Denn hohe Energiepreise und viele Maßnahmen zur Emissionsminderung belasten nicht nur die Menschen, die staatliche Transferleistungen beziehen, sondern auch die sogenannten Normalverdiener spüren die Auswirkungen. Für die SPD ist es ein wichtiges poli-

tisches Ziel, den Menschen zu helfen, immer weniger von der immer teurer werdenden Energie zu verbrauchen. Nur so können die Kostensteigerungen abgefangen werden. Haushalte mit einem geringen Einkommen und ohne die Möglichkeit, Vermögen anzusparen, würden sonst zu Verlierern in der Gesellschaft. Auch diesen Aufgaben stellen wir uns mit diesem Klimaschutzgesetz.

Klimaschutz ist aber auch eine große Chance. Wer heute moderne Techniken entwickelt, die den Einsatz von erneuerbaren Energien fördert, die zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Einsparung von Energie führen, wird seine Wettbewerbsposition langfristig sichern können. Klimaschutz ist also auch ein Impulsgeber für wirtschaftliches Wachstum. Es zeigt sich schon heute, dass die Leitmärkte der Zukunft eine starke ökologische Dimension aufweisen werden. Klimaschutz kann so zum Jobmotor werden.

Nordrhein-Westfalen ist ein Industriestandort und soll es auch zukünftig bleiben. Gerade durch Anstrengungen im Klimaschutz kann der Industriestandort gestärkt werden. Die Zahlen aus dem Sektor der erneuerbaren Energien verdeutlichen dies. Ich bin sehr optimistisch, dass wir diese Chance nutzen werden. Denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen, unsere Unternehmen, unsere Forschungseinrichtungen bringen hierfür die besten Voraussetzungen mit. Klimaschutz kann zu einem Fortschrittmotor für unser Land Nordrhein-Westfalen werden.

Das angestrebte Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen stellt einen Rahmen für die Entwicklung einer Klimaschutzstrategie für Nordrhein-Westfalen dar. Zu ihrer Umsetzung werden weitere Regelungen in den unterschiedlichen Bereichen der Politik folgen. Dabei werden wir alle gesellschaftlichen Gruppen einladen, um diesen Prozess offen zu gestalten. Der Prozess des Dialogs, wie wir ihn 20 Monate erfolgreich gestaltet haben, wird fortgeführt. Auch darauf ist Minister Remmel bereits eingegangen.

Klimaschutz und Energiewende haben auf lange Sicht enorme Eingriffe in unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zur Folge. Hier sind alle Parteien in der Pflicht. Ich möchte an dieser Stelle die Kolleginnen von CDU und FDP daran erinnern, dass sie sich in ihrem Koalitionsvertrag in Berlin dazu verpflichtet haben, Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten – ich zitiere –:

„... Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 % reduzieren. Wir werden für Deutschland einen konkreten Entwicklungspfad festlegen und bekräftigen unser Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken.“

Dieser Prozess lässt sich allerdings nur durch das gemeinsame Engagement von Politik, Wirtschaft

und Zivilgesellschaft gestalten. Wir können die genannten Herausforderungen nur dann erfolgreich bewältigen, wenn wir hierfür in der gesamten Gesellschaft Zustimmung finden. Deshalb wollen und müssen wir den Dialog suchen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Die letzte Landesregierung hat bereits im Februar den Startschuss für die Erstellung des landesweiten Klimaschutzplans gegeben. Diesen Prozess werden wir auch fortführen und wohl bis nächstes Jahr zu einem erfolgreichen Ende führen.

Wir legen Wert darauf, dass dieser Dialog alle gesellschaftlichen Gruppen umfasst. Dazu gehören für uns Vertreterinnen und Vertreter aus der Industrie, dem Handwerk, der Energieversorgung und der kommunalen Spitzenverbände, der Umweltverbände, natürlich der Gewerkschaften, Kirchen, aber auch der Verbraucherschutzorganisationen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen.

Das Beteiligungsverfahren zum Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen ist einmalig in Deutschland. Wir wollen, dass hier durch einen gemeinsamen Prozess Strategien und Maßnahmen erarbeitet werden, mit denen wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele für Nordrhein-Westfalen erreichen können.

Wir verstehen dies als einen ersten Schritt. Weitere werden folgen, weil wir als SPD-Fraktion davon überzeugt sind, dass wir nur durch den ständigen Austausch und die Diskussionen die notwendige Akzeptanz und Zustimmung für dieses schwierige Politikfeld schaffen werden. Dazu laden wir Sie, insbesondere Sie von der Opposition, auch herzlich ein. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Üblicherweise halten wir uns vor, wir würden Sonntagsreden halten, wenn man es nicht ernst meint oder wenn man das, was man sagt, am Ende nicht umsetzen kann – warum auch immer.

In diesem Fall würde ich es Ihnen durchgehen lassen. Wenn Sie Sonntagsreden hielten und am Ende nicht mehr dabei herauskäme – jedenfalls kein effektives Gesetz –, dann würde sich all der Schaden, der sich mit diesem Gesetz entfalten kann, eben nicht auswirken. Insofern hätte ich nichts dagegen, wenn all das Gerede folgenlos bliebe.

Der Minister hat es gesagt, man wolle Ernst machen, versprochen ist versprochen. Ich fürchte, es ist Ihnen Ernst mit dem Gesetz. Dieses Gesetz, das zunächst nach Prosa und Sonntagsrede aussieht, gibt alle Werkzeuge dafür in die Hand, die Axt an

den Industriestandort und Energiestandort Nordrhein-Westfalen zu legen.

(Beifall von der CDU)

Klimaschutz als Wirtschaftsfaktor, Energieeinsparung als Wirtschaftsfaktor, Energieeffizienz als Wirtschaftsfaktor – alles zugestanden, alles unbenommen. Aber dafür braucht man kein Gesetz, das in Wahrheit keine einzige Maßnahme zur Förderung von Energieeinsparung beschreibt, sondern lediglich Ziele und Instrumente für Reduktion von Energieverbräuchen. Und diese Art der Steuerung passt nicht in die Zeit, eben weil so unglaublich viele Entwicklungen unterwegs sind, die man fördern müsste, die man anreizen müsste, für die man Raum schaffen müsste – statt oben einen Deckel über Zieldefinitionen und Verbote draufzumachen.

Spannend wird es am Ende beim Klimaschutzplan. Der Minister hat es beschrieben. Insofern muss man heute mutmaßen: Dieses Gesetz gibt die Werkzeuge für regionale und sektorale Klimaschutzkontingente. Wenn man sich vorstellt, dass dann gesagt wird, die Landwirtschaft im Münsterland, die Forstwirtschaft in Südwestfalen sollten diese und jene Klimaschutzziele erbringen, dann sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt, wie man dann beispielsweise in der Lebensmittelerzeugung Großvieheinheiten reduziert oder den Leuten vorschreibt, welche Bäume sie wie zu pflanzen haben.

Ich glaube, dass diese Art von eingreifender Politik am Ende zum Ziel nichts beiträgt. Die deutschen Automobilkonzerne haben sich in den letzten Monaten festgelegt, beim Modellwechsel – bei DaimlerChrysler waren es 100 Kilo pro Modell – einzusparen.

Wie wird das gemacht? Das geht durch leichte Baustoffe. Verbundwerkstoffe sind bei der Pkw-Flotte zu teuer. Da wird dann Aluminium verbaut. Wenn wir bei der Energiepolitik, Klimaschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen am Ende veranlassen, dass das Aluminium hier nicht mehr hergestellt werden kann, heißt das nicht, dass kein Aluminium mehr verbaut wird, sondern dass das Aluminium dann importiert wird.

Abgesehen von den Verkehrsströmen, die wir dadurch auslösen, den Energieverbräuchen und den CO₂-Emissionen dabei wird woanders Aluminium nicht mit weniger Energie hergestellt, sondern eher mit mehr, weil die Anlagen nicht so effizient sind und die Energie, die verbraucht wird, wird auch nicht so effizient hergestellt, sondern nach ganz anderen Standards.

(Beifall von der CDU)

Das zeigt, dass eine regionale Klimaschutzpolitik schon vom Wortsinn her nicht funktioniert. Das Klima ist global, und wir retten das Klima hier nicht.

Es gibt zu Recht starke juristische Einwände. Weil es den europäischen Rahmen des Zertifikatehan-

dels gibt, weil es bundesgesetzliche Regelungen gibt, gibt es ernsthafte Zweifel, ob hier überhaupt eine Gesetzgebungskompetenz besteht – von den berechtigten Einwendungen der Kommunen gegen den Eingriff in ihre Planungshoheit ganz abgesehen.

Die Alternative wäre, nicht immer von anderen Pläne zu fordern, sondern sich selber aktiv an der Energiewende in Nordrhein-Westfalen zu beteiligen, die Agonie in der Landesplanung aufzugeben, zu definieren, wo hier Energiespeicherung stattfinden soll, zu definieren, wo Energiewende in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden soll. Das wäre ein ernsthafter Beitrag zur Energiewende des Landes, ein ernsthafter Beitrag zum Klimaschutz durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Dann wird so getan, als würde man Wirtschaftsförderung mit diesem Gesetz betreiben. Das ist mitnichten der Fall, weil in diesem Gesetz kein einziger Anreizmechanismus ist, kein einziger Fonds, keine einzige Förderstruktur, die irgendjemandem hilft, die Ziele zu erreichen. In Wahrheit können Sie heute schon in jeder Branche in mittelständische, in große, in kleine Betriebe gehen, die Ihnen alle erklären, dass sie sehr auf Effizienz, schon allein aufgrund der gestiegenen Preise, Wert legen.

Insofern werden Sie sich wahrscheinlich in einigen Jahren Effizienzgewinne zugutehalten, die aber mit diesem Gesetz am Ende nichts zu tun haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auf die ganze Klimaschutzrhetorik, die ganze Klimakatastrophenrhetorik will ich jetzt im Detail nicht eingehen. Herr Schmeltzer hat eben von Wasser gesprochen, es gebe mehr Niederschläge. Da sollten Sie sich an den neuesten Stand der Wissenschaft halten. Vor einigen Wochen ist ein Ursachenzusammenhang beschrieben worden, den wir in unseren Debatten immer ausklammern.

Es wird gesagt, dass mehr Regen fällt, weil die Polkappen schmelzen. Das mag eine Ursache sein. Eine andere Ursache ist, dass viel weniger von dem Wasser, das wir dem Boden entziehen, nachher wieder im Grundwasser landet. Auf der Erde zirkuliert also immer mehr Wasser, aber nicht, weil die Polkappen schmelzen – jedenfalls nicht nur deshalb –, sondern weil wir aus der Erde Wasser ziehen, das in der Menge, wie wir es herausziehen, gar nicht wieder nachsickert. Das hat mit Klimawandel nichts zu tun und wird wissenschaftlich seriös beschrieben. Man kann sich dem verweigern und sagen: Das alles nehmen wir nicht zur Kenntnis, weil es unsere ganze schöne Klimapanikrhetorik auseinandernimmt. Sie sollten sich aber den Erkenntnissen nicht verschließen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben gestern das Rauchverbot für Kneipen und andere Orte beschlossen.

(Zurufe)

– Sie haben es eingebracht. – Dieses Klimaschutzgesetz stellt ein Rauchverbot für Schloten und Kühltürme dar. Wir werden sowohl gegen das eine wie gegen das andere sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute erneut zum ersten Mal über das Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen. Bei einem der letzten Male, als wir hier über Klimaschutz sprachen, gab es Kritik daran, dass ich zu fatalistisch sei und Katastrophenstimmung heraufbeschwören würde, weil ich Klimaflüchtlinge erwähnt habe. Ich wurde angegriffen, weil ich zitiert habe, der Skitourismus im Sauerland sei ein Auslaufmodell. Nur ganz nebenbei: Das war übrigens ein Zitat aus einer Broschüre des früheren Umweltministers Uhlenberg.

Ich nehme auch gerne einmal Kritik an und frage: Was ist positiv? Wer profitiert denn eigentlich vom Klimawandel? – Da habe ich die Möwen gefunden. Die Nordseetemperatur steigt. Die Schwimmkrabben vermehren sich stärker, und die Möwen füttern genau damit ihre Küken und können sich eben auch deutlich vermehren. Die Feinschmecker in Deutschland profitieren. Eine Meldung von gestern lautete: Trüffel werden in Deutschland heimisch. Hersteller von Klimaanlageanlagen vermelden jedes Jahr Rekordabsätze. Fotovoltaikanlagenbetreiber freuen sich natürlich auch. Sie werden zwar auf der einen Seite von der Bundesregierung deutlich ausgebremst; aber mehr Sonnenscheinstunden gibt es schon.

Ich habe gesucht und gesucht, aber mehr Positives habe ich nicht gefunden. Dann ist mir aufgefallen, wo denn eigentlich das Problem auch bei diesem Klimaschutzgesetz liegt. Womit haben wir es zu tun? Mit CO₂, mit Methan, mit Distickstoffmonoxid, mit Fluorkohlenwasserstoffen, mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen, mit Schwefelhexafluorid. Was haben diese Gase gemeinsam? Sie sind farb- und geruchlos. Wären diese Treibhausgase sichtbar, dreckig, stinkend und direkt gefährlich für uns Menschen, würde keiner von Ihnen hier mehr sagen: Ja aber ..., nicht so schnell ..., nicht so viel ... – Keiner von Ihnen, auch nicht Herr Wüst, würde sagen: Das passt nicht in die Zeit, und hier retten wir das Klima nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Treibhausgase gefährden aber unsere Erde eben nur indirekt, schleichend und vor allem in Regionen, die ganz, ganz weit weg von uns liegen: in Bangladesch, in der Sahel-Zone und in Gebieten, die noch viel weiter entfernt sind. Gerade deshalb aber weil

wir diese Veränderungen nicht sehen, weil wir sie nicht riechen, weil wir sie nicht fühlen und nicht am eigenen Leib ganz direkt erfahren können, haben wir eine Verantwortung, hier zu handeln. Deswegen haben alle Industrienationen eine Verantwortung, Treibhausgasemissionen einzudämmen. Das gilt für alle Industrieländer, auch für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn eines ist doch klar: Wenn Nordrhein-Westfalen nicht handelt und nicht der eigenen Verantwortung gerecht wird, dann wird auch die Bundesregierung ihre gesetzten Klimaschutzziele niemals erreichen können. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen endlich ein Klimaschutzgesetz bekommen, mit dem wir unserer Verantwortung gerecht werden und unsere Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger, das Handwerk, den Mittelstand und unsere Industrie für die Zukunft fit machen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Höne das Wort.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Klimaschutzgesetz, wie es hier eingebracht wurde, stellt eine Feuerprobe dafür dar, ob die Dinge in der NRW-Landesregierung so bleiben, wie sie 2010 bis 2012 waren, oder ob es Veränderungen gibt. In diesem Fall stelle ich ganz konkret die Frage: Bleibt es dabei, dass im Industrie- und Energieland Nummer eins ein grüner Umweltminister alles und ein roter Wirtschaftsminister nichts zu sagen hat.

(Beifall von der FDP)

Es ist ganz offensichtlich, dass die SPD nicht will, dass das Verhältnis so einseitig bleibt. Das hat man im Wahlkampf spüren können. Man konnte das bei der Regierungsbildung bzw. der kleinen -umbildung deutlich sehen: Man möchte die Kompetenz im Wirtschaftsbereich stärken.

Dazu passen auch Äußerungen von Herrn Römer in der „Welt“ vom letzten Sonntag. Er antwortete auf die Frage, was denn mit dem Klimaschutzgesetz passieren soll: „Das wird dem Landtag bald in veränderter Form vorgelegt.“ – Die nächste Frage lautete: „Mit welchen Veränderungen?“ – Antwort: „Die Erkenntnisse aus den umfangreichen Anhörungen werden in den Entwurf eingearbeitet.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man den alten und den neuen Entwurf miteinander vergleicht, stutzt man bei diesen Antworten eigentlich ein bisschen. Man könnte meinen, die SPD habe ihren Wahlsieg zur Umsetzung eben solcher Ankündigungen wirklich genutzt – genutzt zugunsten eines

fairen Ausgleichs verschiedener Interessen im Bereich des Klimaschutzes, genutzt auch im Interesse des Industriestandortes NRW und der damit verbundenen Arbeitsplätze.

Veränderungen findet man aber im Vergleich zum alten Entwurf nicht. Herr Kollege Römer, die substanziellste Veränderung im Klimaschutzgesetz ist die neue Drucksachennummer. Und die hat nicht die SPD durchgesetzt, sondern die Landtagsverwaltung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es handelt sich um alten Wein in neuen Schläuchen. Dieser Wein ist ja in den Anhörungen der letzten Legislaturperiode bereits bewertet worden. Die Kritik war – ich kann das kurz zusammenfassen – vernichtend.

Zunächst einmal standen und stehen wieder einmal, muss man leider sagen, bei einem rot-grünen Gesetz berechnete verfassungsrechtliche Bedenken im Raum.

Inhaltliche Kritik kam in selten gesehener Einigkeit aus der Wissenschaft, aus der Wirtschaft, von den Gewerkschaften. Diese Kritik war aus Sicht der FDP absolut berechtigt und nachvollziehbar. Die Begründung dafür ist ganz einfach. Herr Minister Remmel, Ihr Klimaschutzgesetz schützt das Klima einfach nicht. Sie packen ein globales Problem mit den falschen regionalen Werkzeugen an.

(Beifall von der FDP)

Das gegenwärtige System des Emissionszertifikatehandels führt dazu, dass CO₂-Einsparungen hier in Nordrhein-Westfalen zum größten Teil an anderen Stellen in der EU durch mehr Verbrauch wieder ausgeglichen werden, meistens bei geringeren Umweltstandards. Wenn wir als einzelnes Bundesland also in dieses Handelssystem so hineinpfeuschen, zerstören wir dessen Effizienz. Das ist sicherlich nicht im Interesse des Klimaschutzes.

(Beifall von der FDP)

Wie absurd dieses Gesetz ist, zeigt sich, wie ich finde, sehr deutlich an einem kleinen Beispiel. Ein Unternehmen, das heute schon produziert, baut eine neue Produktionsanlage. Diese Anlage ist in der Lage, die doppelte Menge zu produzieren, allerdings nur bei 25 % erhöhtem Schadstoffausstoß. Pro Stück ist das Produkt also umweltfreundlicher geworden. Das Unternehmen ist wettbewerbsfähiger.

Nach Ihrem Gesetz wären solche Ausweitungen der Kapazität gar nicht mehr möglich. Die zusätzlichen Produkte würden dann in anderen Ländern hergestellt. Sie schützen also unter dem Strich eben nicht das Klima.

(Beifall von der FDP)

Sie verunsichern dafür aber Unternehmen in Nordrhein-Westfalen und gefährden langfristige Investitionen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die verunsichern Sie mit Ihren Wortbeiträgen!)

Und Sie gefährden Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Es gibt sicherlich ein, zwei Lichtblicke im Gesetzesentwurf. Ein Monitoring zum Beispiel zur Ermittlung und Bewertung der entsprechenden Einsparpotenziale ist absolut sinnvoll. So kann man gewährleisten, dass vor Ort die effizientesten Lösungen auch umgesetzt werden können. Da sind wir nahe beieinander.

Wir wehren uns aber dagegen, dass das Gesetz über die Landesplanung sämtliche Vorhaben, die wirtschaftliche, die soziale, die sonstige Umweltschutzzwecke verfolgen, unter den absoluten Vorrang des Klimaschutzes stellt und sie sich auch vor diesem rechtfertigen müssen.

Ziel muss es aus unserer Sicht sein, einen fairen und langfristig sinnvollen Interessenausgleich zu schaffen. Nur dann kann man nämlich auch in der Gesellschaft die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen steigern.

Wir wehren uns auch dagegen, dass die in den Klimaschutz aufzunehmenden Maßnahmen bereits jetzt verbindlich feststehen, obwohl doch noch gar nicht sicher ist, welche Maßnahmen sich im Einzelnen als tauglich erweisen werden. In der gegenwärtigen Form läuft es darauf hinaus, dass Verbrauchern und Wirtschaft kostspielige, aber kaum effiziente CO₂-Minderungsmaßnahmen quasi planwirtschaftlich vorgegeben werden. Effektivität und Effizienz sind doch für Sie, wenn überhaupt, nur zweitrangig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den gestrigen Debatten wurde oft gesagt, dass kein Gesetz dieses Haus so verlässt, wie es hineingekommen ist. Ich persönlich hoffe das gerade bei diesem Gesetz wirklich sehr. Insbesondere hoffe ich, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen unserem grünen Umweltminister und dem roten Wirtschaftsminister ein bisschen mehr angleicht. Ich freue mich darum auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Piratenfraktion spricht der Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Frau Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Piratenpartei in Nordrhein-Westfalen hat bereits 2010 zur

Landtagswahl die Forderungen der Klima-Allianz nach einem Klimaschutzgesetz unterstützt. Erstaunlicherweise sind nicht alle unsere Forderungen aus dem Jahr 2010 bisher umgesetzt worden, auch nicht diese Forderung. Deshalb halten wir diese Forderung aufrecht. In einem Positionspapier für die Landtagswahl 2012 haben wir das noch einmal unterstrichen. Auch hier möchte ich das tun.

Die Fiaskos, die die groß angelegten globalen Regelungsversuche wie die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, Durban usw. und auch die jetzt gescheiterte Nachhaltigkeitskonferenz in Rio erlebt haben, zeigen die Notwendigkeit des Handelns auf regionaler und lokaler Ebene. Wir müssen global denken, aber lokal handeln. Die Energiewende, die ja ein wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes ist, ist dezentral und sie ist lokal. Die Rahmenbedingungen dafür werden auf höheren Ebenen geschaffen, zum Beispiel hier auf Landesebene mit einem Klimaschutzgesetz. Das ist dafür durchaus geeignet. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall von den PIRATEN)

In unserem Programm zur Landtagswahl haben wir geschrieben, dass wir die Formulierung verbindlicher Ziele innerhalb eines bestimmten zeitlichen Rahmens in diesem Bereich der Umweltpolitik ablehnen. Erfolgreiche Umweltpolitik muss sich ständig am Möglichen und Erwünschten messen und Impulse für die Zukunft geben.

Verbindliche Ziele, ganz eng formulierte verbindliche Ziele haben nämlich Nachteile. Es hat sich inzwischen gezeigt, dass es keine Konsequenzen gibt, wenn man diese Ziele nicht erreicht. Da wird einfach mit den Schultern gezuckt: Ja, schade.

Neue technische Entwicklungen machen ein ständiges Nachbessern der Zielvorgaben nötig. Die neuen technischen Entwicklungen können ihre Möglichkeiten nicht entfalten, ihre positiven Wirkungen, wenn diese Zielvorgaben nicht als Minimalziele dann zumindest definiert sind. Wir finden, die Zielvorgaben werden in diesem Gesetzentwurf als Minimalvorgaben definiert. Dadurch hat man die Möglichkeit, neue technische Entwicklungen, die sich durch Forschung und Entwicklung ständig neu ergeben, dort noch einzuarbeiten. Das ist auch ein guter und richtiger Weg, der hier gegangen wird.

Positiv hervorzuheben ist bei dem Entwurf auch die Einsicht, dass Maßnahmen am effektivsten auf lokaler Ebene durchgeführt werden können und müssen.

In der Begründung für den § 5, der das ausführt, fehlen uns aber die positiven wirtschaftlichen Aspekte, die die lokale Energiewende mit sich bringt, die auch den wichtigsten Teil des Klimaschutzes ausmachen werden, die regionale Wertschöpfung für die kleinen und mittelständischen Betriebe, für die Arbeitsplätze und die Steueraufkommen. Das sollte dort unbedingt noch erwähnt werden, um

auch der Demagogie den Wind aus den Segeln zu nehmen, so etwas wie Klimaschutz, Umweltschutz und Energiewende würde der Wirtschaft schaden, obwohl das genaue Gegenteil der Fall ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir begrüßen auch ausdrücklich die in § 6 vorgesehenen Dialog- und Partizipationsverfahren. Das ist nun wirklich ein Piratenthema: direkte Bürgerbeteiligung.

(Zurufe von Renate Hendricks [SPD] und Rainer Schmeltzer [SPD])

– Bitte?

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Ja, das ist gut, wenn Sie das mit übernehmen. In diesem Fall dürfen Sie gerne raubkopieren. Das ist kein Verbrechen.

Es geht darum, echte Bürgerbeteiligung zu erreichen. Wir brauchen eine hohe Akzeptanz und direkte Bürgerbeteiligung. Wenn wir immer nur die tatsächlichen Vorteile, die der Klimaschutz und die Energiewende mit sich bringen, als Begründung angeben – diese hehren Ziele, die wir da haben –, bekommen wir lediglich diejenigen auf unsere Seite, die wir ohnehin schon bei uns haben: Leute aus der Umweltschutz- und Naturschutzbewegung; Bürger, die sich bereits in Energiegenossenschaften engagieren. Wir müssen aber auch diejenigen mitnehmen, denen diese Themen nicht so wichtig sind. Das erreichen wir über die Wirtschaftlichkeit, also darüber, dass es wirklich auch für jeden Einzelnen wirtschaftliche Vorteile bringt, sich da zu engagieren.

Ich frage mich auch, warum die Rekommunalisierung in diesem Zusammenhang nicht stärker erwähnt wird, also die Wiederherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene. Sie ist im Zusammenhang mit Energiewende und Klimaschutz nämlich ebenfalls wichtig.

(Beifall von den PIRATEN)

Es gibt eine sehr begriffsunscharfe Formulierung, eine Art Phrasengetto, im Bereich der Nachhaltigkeit, der sogenannten renewable oder erneuerbaren Energien. Wichtig ist da das Nachhaltigkeitsprinzip. Das Abholzen tropischer Regenwälder zur Energiepflanzenproduktion ist ebenso wenig nachhaltig wie der großflächige Umbruch von Grün- und Brachland hier bei uns, die Vermaischung der Landschaft. Die Kohlendioxidbilanz von E 10 und Maisanbau bei uns ist wirklich schlechter als die von fossilen Brennstoffen. Man muss also wirklich darauf achten, dass man da nicht im Überschwang des Guten zu viel macht und das Ganze in eine schädliche Entwicklung umschlägt.

Wir benutzen bei uns den Begriff „generativen Energien“ für nicht nachwachsende, nicht fossile Energien, bei denen die Nutzung keine Auswirkung

gen auf die Quelle hat. Bei Sonnenenergie ist es egal, wie viele Sonnenkollektoren ich aufstelle und ob ich das überhaupt tue. Auf die Produktion der Sonne und die Solarkonstante hat das keine Auswirkungen. Wenn ich nachwachsende Rohstoffe verwende, muss ich darauf achten, dass ich keinen Raubbau betreibe und nicht mehr verwende, als gleichzeitig nachwachsen kann. Das ist „regenerative Energie“.

Ich bin dafür, dass wir diese Begriffsunschärfe, die wir da haben, aufheben, uns Gedanken darüber machen und auch in diesen Gesetzentwurf genaue Definitionen einbringen. Wir sollten trennen zwischen generativer Energie, also Wind- und Sonnenenergie, und regenerativer Energie, also wirklich nachwachsender Energie, Biomasse. Ob man das in genau dieser Form übernimmt oder ob man es anders klarmacht – auf jeden Fall muss es da noch mehr Begriffsschärfe geben.

Im Gesetzentwurf wird hauptsächlich auf Treibhausgasquellen abgezielt. Wir wollen diese Quellen verkleinern. Es gibt aber auch Kohlenstoffsinken. Sie werden im Entwurf nicht erwähnt. Wir können zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich den Naturschutz stärken und Kohlenstoffsinken schaffen.

Die Biodiversität kann verbessert werden – das ist auch eine alte Forderung der Naturschutz- und Umweltschutzbewegung –, indem wir zum Beispiel einfach naturnahe Laubmischwälder anpflanzen statt irgendwelcher „Dachlattenzuchten“, also Kiefern- und Fichtenmonokulturen. Diese naturnahen Laubmischwälder sind bekannte Kohlenstoffsinken, die fast jedem sofort einfallen.

Was weniger bekannt ist, aber noch effektiver, sind Feucht- und Nassgebiete wie zum Beispiel Hochmoore, deren Schutz und Renaturierung zum Teil bereits stattfindet. Das sollte weiter ausgebaut und auch mit dem Klimaschutz begründet werden. Dabei handelt es sich nämlich um eine sehr zielführende Maßnahme. Ein Hochmoor speichert große Mengen an Kohlenstoff.

Im Ganzen geht der Entwurf dieses Klimaschutzgesetzes in die richtige Richtung. Er wird von uns unterstützt. Verbesserungen sind möglich. Wir möchten konstruktiv daran mitarbeiten und werden das auch tun. Wir hoffen auch auf weitere Vorschläge von außerhalb des Landtages und außerhalb der Parteien, zum Beispiel vom Bündnis der Klima-Allianz hier in Nordrhein-Westfalen mit seiner hohen fachlichen Kompetenz. Die Vorschläge, die von diesen Organisationen kommen, werden wir dann auch mit in die Ausschüsse einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einige Argumente aufgreifen und an anderer Stelle auch erwidern. – Ich bin den Fraktionen der SPD, der Grünen, aber auch der Piraten dankbar, dass sie sich in der Sache auf das Thema bezogen haben, und muss kritisieren, dass die Oppositionsfraktionen sich nicht in der Sache mit dem Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen und den entsprechenden Anstrengungen beschäftigt haben,

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Sind wir jetzt keine Oppositionsfraktion?)

sondern irgendwelche politischen Figuren bedient haben, die uns in der Sache aber nicht weiterhelfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie werden sich einfach damit auseinandersetzen müssen. Sie sitzen jetzt fünf Jahre in der Opposition. Opposition bewältigt man nur, wenn man in der Sache Konzepte auf den Tisch legt, um in Konkurrenz zur Regierung zu treten. Einfach politische Figuren zu bedienen, wie Sie das heute hier gemacht haben, reicht da nicht aus. Das wird nicht genügen, um in der Konkurrenz zu bestehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Diese Figur des Spaltbildes – das hat Herr Möllemann schon probiert, und es hat nicht geklappt – wird nicht reichen, um in Sachen Klimaschutz hier eine gemeinsame Anstrengung nach vorne zu bringen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch der Versuch, das Gespenst des Klimaschutzes für die Industrie an die Wand zu malen, wird nicht reichen. Es gibt mittlerweile in Nordrhein-Westfalen Unternehmen, die sich in einer Allianz für Klimaschutz zusammengeschlossen haben. Die Unternehmen und die Kommunen sind schon weiter, als Sie heute vom Podium des Landtages proklamiert haben, Herr Wüst.

Deshalb müssen Sie konzeptionell etwas liefern, zumal Sie – das muss an dieser Stelle gesagt werden – Ihre eigene Geschichte auch nicht leugnen können. Es gab mal eine Landesregierung, die hier ein Klimaschutzkonzept vorgelegt hat, das die Zielvorstellung „33 % Minimierung bis 2020“ enthielt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Wo stehen wir denn heute? Was haben Sie denn geleistet? Was hat dieses Konzept denn gebracht? Das wäre eine wirkliche inhaltliche und konzeptionelle Auseinandersetzung.

Lassen Sie uns doch die Bilanz ziehen. Wir sind im Konzert der Bundesländer, was die Windkraft angeht, zurückgefallen. Das war Ihre Politik.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wittke!)

Ihre Politik hat dazu geführt, dass der Zubau in Nordrhein-Westfalen nicht mehr stattfindet. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie hier in einer ehrlichen Auseinandersetzung aufgetreten wären.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir machen uns auf, das zu reparieren, und zwar nicht von oben herab verordnet, sondern mit den Kommunen, mit den Unternehmen und auch mit den Betroffenen. Das ist die Vorstellung, die wir hier haben.

Natürlich kann ein Landesklimaschutzgesetz nicht Dinge regeln, die im Bundesgesetz, im europäischen Recht oder im Emissionshandel geregelt sind. Das wollen wir auch gar nicht. Wir wollen die Dinge regeln und miteinander nach vorne bringen, die in unserer Zuständigkeit liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, im Übrigen ist das Ganze doch gar nicht so neu. Das macht jede Kommune. Wir haben mittlerweile über 100 Konzepte und Beschlüsse von Kommunen, ihren Klimaschutz nach vorne zu bringen. Wir haben Beschlüsse von Kommunen, bis 2050 energieautark zu sein. Und diese Kommunen werden nicht von Rot-Grün geführt, sondern Ihre eigenen Kommunen fassen solche Beschlüsse. Von daher holen wir hier nur das nach, was an vielen Stellen im Lande, in Unternehmen, in Kommunen, schon stattfindet. Das ist weiß Gott keine Superneuerung, aber wir machen eine Konzentration und eine Systematik.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Lindner würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Aber immer.

Christian Lindner (FDP): Herzlichen Dank, Herr Minister. Wie bewerten Sie folgendes Zitat?

„Rot-Grün will der Ressourcen- und Energieeffizienz, der Energieeinsparung oder dem Ausbau erneuerbarer Energien Vorrang einräumen. Hier besteht die Gefahr einseitiger Zielsetzungen. Wo bleiben sozialer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum? Eine solche Vorrangregelung kann kontraproduktiv sein und sich als Investitionshemmnis auswirken.“

Das schreibt der Landesbezirksleiter der IG BCE, Reiner Hoffmann, zu Ihrem Klimaschutzgesetz.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Natürlich gibt es die eine oder andere Diskussion. Das will ich gar nicht bestreiten.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Lindner, es geht darum, Diskussionen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, die immer wieder geführt werden, Ökologie und Ökonomie seien ein Gegensatz, endlich aufzulösen. Das ist eine Diskussion von vorgestern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Prognosen aller führenden Wirtschaftsinstitute besagen, dass der Bereich der Umweltwirtschaft ein Zukunftsbereich sein wird. Bereits in der Krise 2008/2009 waren die Arbeitsplatzzuwächse dort trotz Krise eminent. Die Perspektiven in Richtung 2020 gehen davon aus, dass es in dem Bereich mehr Arbeitsplätze geben wird als in den Bereichen Automobilbau und chemische Industrie. Deshalb sind es ökonomische Gründe, dies zu tun.

Lassen Sie aber einmal den Klimaschutz beiseite. Wenn es allein um die Ressourcenfrage geht, um die Frage, wie wir unsere Ressourcen möglichst effizient verwenden, bei einer Perspektive, wo wir national keine oder wenige Ressourcen haben und in den nächsten 40 Jahren weltweit zwei Milliarden Menschen dazukommen werden, die alle Energie verbrauchen, die alle Wohlstand wollen, dann ist das eine nationale Aufgabe, uns bezüglich der Ressourcen nach vorne zu entwickeln und das zu einer Marke aus Nordrhein-Westfalen und auch aus Deutschland zu machen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb ist das kein Gegensatz. Von daher würde ich einer solchen These vehement widersprechen.

Ich möchte auch widersprechen, dass wir nichts tun. Wir tun ja schon etwas:

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein!)

Windkrafterlass, Windenergie im Wald. Wir haben ein Klimaschutzsofortprogramm aufgelegt. Herr Hovenjürgen, ich würde mir da Ihre Unterstützung wünschen. Gerade das, was wir im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung mit 250 Millionen € Investitionen anstoßen, begleiten wollen, kann ein Juwel aus Nordrhein-Westfalen werden, weil wir hier eine enge Verknüpfung von Wärme, Energieproduktion und Wärmeabnahme gerade in den dicht besiedelten Bereichen haben. Da würde ich mir Ihre Unterstützung wünschen, auch kommunal, weil es eine Gestaltungsaufgabe ist, die Akteure zusammenzubinden, um das zu einer Marke aus Nordrhein-Westfalen zu machen, die von den Stadtwerken,

von den Kommunen, von den Unternehmen getragen wird. Das wäre wirklich eine Gemeinschaftsanstrengung, zu der Sie gerne Ihren Beitrag für einen Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen leisten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusammenfassend: Wir wollen das tun, was wir in Nordrhein-Westfalen tun können. Im Klimaschutzgesetzentwurf – das ist ein Grundmissverständnis – sind an keiner Stelle Verbote formuliert. Das ist Ihr Verständnis von Gesetzen, dass in Gesetzen immer Verbote und Sanktionen formuliert sein müssen. Das ist eher eine Zielsetzung, die wir gemeinsam beschließen, und in gegebenen Abständen ist zu überprüfen, ob diese Zielsetzung erreicht wird. Wir beschreiben also einen Prozess, aber auf gesetzlicher Grundlage. Das ist das Neue an dieser Gesetzgebung. Ich wünsche mir Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat seine Redezeit um etwa eine Minute überzogen. Von daher haben nach unseren Regeln alle Fraktionen eine Minute mehr Redezeit.

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Bell das Wort.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man sich den Gesetzentwurf anschaut und sich die Notwendigkeit vor Augen führt, Eigenbeiträge zum Klimaschutz auch aus Nordrhein-Westfalen zu leisten, dann verwundert es mich schon sehr, wie lustlos, Herr Wüst, Sie heute in die Debatte eingestiegen sind. Dass Sie sich wünschen, dass die Beiträge zum Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen, die diese Landesregierung einbringt, reine Sonntagsreden bleiben, zeigt wirklich, welch Geistes Kind Sie sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Herr Wüst, ein solches Gesetz lege die Axt an den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Ich habe hier schon einmal gestanden, als Ihre neue Allzweckwaffe Herr Lienenkämper gesagt hat, wir hätten im Bereich Energie einen Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung von Nordrhein-Westfalen. Große Worte ohne Substanz. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Das, was Sie hier heute vorgebracht haben, hat nicht einen Hauch der Auseinandersetzung, die zum Beispiel in der Nachhaltigkeitskonferenz von Rio geführt worden ist, um die globale Erwärmung in den Griff zu bekommen.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Es ist zutiefst kleinkariert, zutiefst provinziell. Da ist eher der Hauch von Burenschnaps und Aachener

Printen erkennbar denn die Realität in diesem Lande, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in der Union einen Verlust an wirtschaftlicher Kompetenz gibt. Ja, ich sage: Beim Umweltschutz und bezüglich der Notwendigkeit, hier aus wirtschaftspolitischen Gründen voranzugehen, haben Sie zurzeit den totalen Blackout. Bei dem, was Sie vortragen, gibt es nichts an Substanz. Klimaschutz ist aktive Wirtschaftspolitik. Sich mit den Rezepten der Vergangenheit, Herr Wüst, zum Sachwalter der Industrie in Nordrhein-Westfalen aufzuspielen, das ist das wirkliche Standortrisiko für Nordrhein-Westfalen. Ich rate Ihnen dringend, endlich inhaltlich nachzulegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Ihnen kurz eine Geschichte aus meinem Wahlkreis erzählen. Die FAG Kugelfischer, großer Getriebehersteller, ist das einzige Unternehmen der Schaeffler-Gruppe, das während der Industriekrise keine Kurzarbeit eingeführt hat. Denn während der Krise verzeichnete es einen Zuwachs in Windproduktion von über 30 %. Ohne Krise lautete die Prognose auf über 70 % Zuwachs.

Sie müssen sich letztlich auch der Chancen bewusst werden, die die ökologische Erneuerung der Energie und die Klimaschutzvorgaben für unsere Industrie mit sich bringen, wenn Sie über die Chancen und Risiken der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen diskutieren.

Wir wollen Klimaschutz vorantreiben. Aus unserer Sicht profitieren auch die Unternehmen davon.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Wüst, Sie fordern uns auf, wir sollten uns auf den neuen wissenschaftlichen Stand bringen. – Ich frage, ob Sie zum Beispiel die Studie des Wuppertal Instituts gelesen haben, die sich mit den Chancen einer verstärkten Klimaschutzpolitik für die industriellen Strukturen in Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt hat. Sie zeigt sektorenbezogen auf, welche Chancen unter anderem für den Maschinenbau, für die IKT und für andere Bereiche liegen. Machen Sie endlich den Blick frei für Chancen in diesem Land!

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Wir jedenfalls wollen diese Chancen nutzen. Wir halten überhaupt nichts davon, Ökologie und Ökonomie gegeneinander auszuspielen. Deswegen greifen auch die wirklich dummen Versuche, einen Keil in die Landesregierung zu treiben, überhaupt nicht.

(Zuruf von der CDU)

Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik wird auch ökologische Wirtschaftspolitik sein. In diesem Sinne la-

de ich Sie herzlich ein, diesen Prozess endlich zukunftsorientiert zu begleiten. Das hat auch etwas mit Ihrer Zukunftsfähigkeit zu tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bell. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren das Klimaschutzgesetz heute nicht zum ersten Mal. Wir hatten schon in der letzten Wahlperiode das Vergnügen.

Herr Remmel, Sie beschreiben das Problem wortreich. Sie erzählen uns vom Klimawandel, vom steigenden Meeresspiegel, vom Regen usw. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Das stimmt alles. Herr Remmel, Sie vergessen aber: Sie haben ein Gesetz vorgelegt, das überhaupt keinen Beitrag leistet, um das alles zu verändern.

(Beifall von der CDU)

Das Klimaschutzgesetz hilft doch nicht dem Klima, sondern es beschreibt maximal die Situation. In diesem Sinne haben Sie eben auch selbst gesagt: Wir wollen eigentlich keine richtigen Regelungen machen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Priggen zu?

Rainer Deppe (CDU): Nein, ich habe noch gar nicht angefangen.

In diesem Klimaschutzgesetz beschreiben Sie gerade nicht die zu lösenden Probleme. Wie schaffen wir in Nordrhein-Westfalen denn die Energiewende? Warum kommen wir denn mit den Windrädern nicht voran? Was ist denn mit der von Ihnen postulierten Forderung, Windkraftanlagen entlang von Autobahnen zu bauen? Warum gibt es noch keine? Warum ist denn die Umweltverwaltung mittlerweile das größte Hindernis bei der Errichtung von Windkraftanlagen?

(Beifall von der CDU – Karl-Josef Laumann [CDU]: So ist es!)

Das ist so, weil sie möglichst nah an einer Bebauung stehen müssen und nicht in die Naturschutzgebiete und in die freie Landschaft dürfen.

Sie lösen mit diesem Gesetz weder die Speicherfrage, noch haben Sie das Thema „Stromleitungen“, noch das Thema „Energieeffizienz“ auf der Tagesordnung. Überall Fehlanzeige. Gebäudedämmung: Fehlanzeige. – Schutz von landwirtschaftlichen Flächen: Fehlanzeige. – Die Kraft-Wärme-Kopplung ist eben beschrieben worden. – An welcher Stelle steht

etwas in diesem Gesetz dazu? – Gar nichts, kein Wort.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dieses Gesetz hat schon eine Anhörung hinter sich. Die Wirtschaft ist in Alarmstimmung. Die Landwirtschaft bemängelt die fehlenden Aussagen zum Erhalt der landwirtschaftlichen Produktionsflächen und der CO₂-Bindung durch den Humuskomplex im Boden. Die Kommunen beklagen eine Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung. In jedem Fall aber beklagen sie eine weitere Bevormundung, und sie beklagen, dass ihnen das Geld für die zu ergreifenden Maßnahmen nicht mitgeliefert wird.

Die Gewerkschaften haben große Sorge. Ich will das noch einmal sagen, weil auch der ehemalige DGB-Vorsitzende im Raum ist. Ich zitiere aus der Anhörung. Achim Vanselow vom Deutschen Gewerkschaftsbund Nordrhein-Westfalen sagte wörtlich: Wir befürchten, dass wir

„am Ende des Prozesses zwar mit einer guten Klimabilanz dastehen und die Unternehmen gut verdient haben, aber der Strom aus dem Ausland kommt und die Arbeitsplätze weg sind.“

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Hört, hört!)

Mit Recht befürchten Sie, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den Verlierern dieses Gesetzes gehören. – Hören Sie gut zu, Kolleginnen und Kollegen von der SPD. – Wörtlich hat der Herr erklärt:

„... wir wollen nicht, dass Hochqualifizierte die Gewinner der Wende sind, während das Segment der Arbeitnehmer mit mittlerer und geringerer Qualifikation außen vor“

bleiben muss.

So sagte der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Anhörung.

Meine Damen und Herren, was nützt es, wenn die Autoteile nicht mehr hier in Nordrhein-Westfalen, sondern stattdessen in Indien und in China produziert werden?

Herr Prof. Frondel vom RWI hat es in der Anhörung ganz deutlich auf dem Punkt gebracht. Ich zitiere wieder:

„Es ist ganz klar, dass es in denjenigen Sektoren, die bereits in den EU- Emissionshandel integriert sind, keine zusätzlichen Klimaschutzeffekte gibt.“

(Beifall von der FDP)

„CO₂-Emissionen werden nur in andere Bereiche Europas verlagert. Der Gesamtsaldo der CO₂-Emissionen bleibt gleich.“

Wenn es nicht geändert wird, werden wir ein Gesetz bekommen, das zwar für den Klimaschutz nichts

bringt, am Ende aber zu weniger Arbeitsplätzen, weniger Wohlstand und weniger Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen führt.

(Beifall von der CDU – Zuruf: Quatsch!)

Während der Koalitionsverhandlungen der letzten Wochen hatten die Zeitungsleser immer wieder mal die Hoffnung, die SPD werde den grünen Umweltminister in die Schranken weisen. Der Kollege der FDP hat es eben schon einmal angesprochen. „Rot-grünes Kräfteressen“ und so ähnlich hießen die Überschriften.

Sie haben nur einen einzigen Satz in diesem Gesetz verändert, erklären hier jedoch wortreich, sie hätten die Anhörung berücksichtigt. – Wir haben hier einen Tag lang gegessen. Die Experten haben das Gesetz verrissen. Ich habe eben die Gruppen genannt. Dann ändern Sie lediglich einen einzigen Satz, und die übrigen 25 Seiten der Vorlage sind unverändert geblieben.

Herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen der SPD! Das ist das, was Sie im rot-grünen Kräfteressen erreicht haben. Ich kann Ihnen sagen: Die Grünen haben sich wieder einmal auf der ganzen Linie durchgesetzt. Am Ende werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land die Leidtragenden sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor allem: Was haben Sie denn geändert? – Das Umsetzungsgebot des Klimaschutzgesetzes gilt jetzt unmittelbar für die Regionalpläne. Nach dem alten Entwurf wurde der Umweg über den Landesentwicklungsplan genommen, jetzt geht es nach § 12 Landesplanungsgesetz direkt über die Regionalräte.

Als Vorsitzender des größten Regionalrates in Nordrhein-Westfalen, des Regionalrates in Köln, sage ich Ihnen: Wir brauchen Ihre Vorgaben nicht. Wir machen seit Jahren eine verantwortungsbewusste Regionalplanung. Wie die Kommunen, so lehnen auch wir dieses Gesetz als Eingriff in die Planungskompetenz des demokratisch legitimierten Regionalrates ab.

(Beifall von der CDU)

Nicht umsonst haben Sie eine Stellungnahme des Regionalrats Köln bekommen, die von CDU, SPD und FDP getragen wurde. Das sollte Ihnen und vor allen den Kollegen bei der SPD zu denken geben.

Ich wundere mich, dass Sie diese Entdemokratisierung mitmachen,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

dass Sie ein Gesetz beschließen wollen, das ein Ermächtigungsgesetz für den Minister ist.

(Unruhe von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Pfui!)

In diesem Gesetz steht keine einzige Maßnahme, sondern das ist ein Ermächtigungsgesetz für den Minister zur Deindustrialisierung unseres Landes.

Meine Damen und Herren, seit letzter Woche wissen wir, was die SPD will. Minister Groschek – leider ist er jetzt nicht da – hat eine großartige Idee präsentiert: Die SPD will die Relikte einer längst untergegangenen Industrie zum Weltkulturerbe machen. Herr Groschek, wissen Sie eigentlich, dass die Industrie längst untergegangen ist? Zechen, Gasometer und stillgelegte Hochöfen sind Geschichte. Das sind Relikte der Vergangenheit.

(Lebhafter Widerspruch von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Regen Sie sich doch nicht so auf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich habe den Eindruck: Ihnen ist noch gar nicht klar, dass Sie ganz schnell eine neue und größere Idee präsentieren müssen, nämlich ganz Nordrhein-Westfalen mit seiner gesamten Industrie zum Weltkulturerbe anzumelden. Ich schlage Ihnen vor, beides zusammen zu machen: Verabschieden Sie das Klimaschutzgesetz, und stellen Sie einen Antrag bei der UNESCO, Nordrhein-Westfalen unter Weltkulturerbeschutz zu stellen. Das ist das, was Sie mit diesem Gesetz bewirken werden.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Unglaublich! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Setzen, sechs! – Anhaltende Pfui- und Buh-Rufe von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Deppe, ich rüge Sie wegen des Begriffs „Ermächtigungsgesetz“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Herr Kollege, der Begriff „Ermächtigungsgesetz“ ist aus einer unseligen Vergangenheit unseres deutschen Vaterlandes heraus derart belastet, dass wir ihn nicht als Teil einer Auseinandersetzung im Landtag von Nordrhein-Westfalen verwenden sollten.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und von Simone Brand [PIRATEN])

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vorsitzender, ich bin Ihnen für Ihre Worte sehr dankbar. Herr Deppe, ich fand das, was Sie gerade gebracht haben, war ein ganz peinlicher und schäbiger Versuch, davon abzulenken, dass Sie selber in fünf Jahren in diesem Zusammenhang überhaupt nichts zustande gebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die CDU/FDP-Landesregierung hat Klimaschutz in ihrer Zeit so verstanden, dass man einfach neue Kohlekraftwerke baut und dann schon alles in Ordnung kommt. Damit haben Sie viele Stadtwerke dahin getrieben, Kohlekraftwerke zu bauen. In der Zwischenzeit ist es absolut unwirtschaftlich geworden, die noch weiter zu betreiben. Stadtwerke wie die Stadtwerke Dortmund sitzen für die nächsten Jahrzehnte Jahr für Jahr auf ganz hohen Verlusten. Das haben Sie mit zu verantworten. Dass Sie dann so kritisieren, ist unglaublich!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Diskussion zu dem Thema „Windenergie“ finde ich einfach nur unehrlich. Der ehemalige Minister Wittke hat ganz zu Beginn der Amtszeit der CDU/FDP-Regierung gesagt: Das erste, was wir hier plattmachen werden, ist die Windenergie. Uns jetzt dafür anzugreifen, dass in zwei Jahren Regierungszeit noch nicht so viel passiert sei: Jeder, der sich in diesem Metier auskennt, weiß, dass es von der ersten Planung bis zum Bau und zur Inbetriebnahme einer Windanlage drei bis fünf Jahre dauert. Das wäre auch zu FDP/CDU-Zeiten so gewesen – wenn denn damals überhaupt etwas passiert wäre.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lienenkämper zulassen?

Wibke Brems (GRÜNE): Was?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Hovenjürgen, Entschuldigung!

Wibke Brems (GRÜNE): Ja.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Brems, dafür, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Ist Ihnen denn bekannt, dass Ihr Umweltminister diesen Windkrafterlass, den er auf den Weg gebracht hat, als „Ermöglichungserlass“ dargestellt hat? Wissen Sie, mit welchen Restriktionen man insbesondere seitens der Umweltverwaltung vor Ort zu kämpfen hat, wenn es zum Beispiel um Flächen geht, die im Moment zwar kein Wald sind, aber als Planwald deklariert sind, in den Ausschluss kommen und somit weitere Flächen für Windkraftmöglichkeiten gar nicht zur Verfügung stehen und dass im Hause Rammel überhaupt keine Koordination des wirklichen Voranbringens der Windkraft stattfindet, sondern ein Kampf der Umwelt- mit den Klimaschützern?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, bitte schön.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Hovenjürgen, danke für diese Frage. Es ist spannend, dass Sie diese Frage nicht Herrn Rammel gestellt haben. Aber ich beantworte sie Ihnen natürlich, soweit ich das als Abgeordnete und nicht als Ministerin tun kann, gerne:

Der Windenergieerlass ist erst ein Jahr alt. Daneben gibt es weitere Gesetzgebungen wie zum Beispiel den Landesentwicklungsplan, der Windenergieanlagen im Wald nicht ganz so positiv sieht. Genau an solchen Stellen haben wir mit dem Koalitionsvertrag angegriffen und gesagt: Dort wollen wir noch mehr ermöglichen, damit das realisiert werden kann.

Ganz klar ist: Es wird immer eine Auseinandersetzung zwischen Umweltschutz und Klimaschutz geben. Jede Energieform hat eine Auswirkung auf die Umwelt. Den erneuerbaren Energien ist gemeinsam, dass sie die geringsten Auswirkungen aufweisen. Aber nur, weil sie die geringsten Auswirkungen haben, bedeutet das noch lange nicht, nach dem Grundsatz zu handeln: Wir machen jetzt alles! – Vielmehr gucken wir immer ganz genau hin und wägen gut ab. Ich bin davon überzeugt, dass wir trotzdem und gerade deshalb, weil wir genau hinschauen, unsere Ziele bei der Windenergie, in verwandten Bereichen und beim Klimaschutz sehr gut verwirklichen werden, ohne den Naturschutz zu vernachlässigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte gerne noch die Aussagen von Herrn Höne und Herrn Deppe aufgreifen, Sie hätten keinerlei Änderungen im Gesetz gefunden. – Das finde ich sehr schade. Klar, es sind keine großen Änderungen. Wenn man aber genau gelesen hätte, zeigten sich Änderungen, auch wenn sie vielleicht nicht so schnell zu finden sind. Manchmal machen jedoch auch Formulierungsänderungen hinterher deutliche Unterschiede aus. Gerade in der Raumplanung ist ein anderes Wort eben auch die hohe Kunst. Deswegen möchte ich Sie bitten, das noch einmal ganz genau nachzulesen. Wir können uns das auch gerne gemeinsam anschauen.

Zu guter Letzt möchte ich auf die Position der Piraten eingehen. Ich finde es sehr gut – auch Herr Rammel hat es eben schon angesprochen –, dass Sie unseren Gesetzentwurf positiv begleiten wollen. Wenn man ganz genau hinhört, sagen Sie, dass Sie mit den konkreten Zielen schon ein Problem haben. Das finde ich etwas kurios.

Die Wissenschaft, die globale Klimawissenschaft mahnt uns, dass die globale Erwärmung nicht mehr als zwei Grad Celsius gegenüber den vorindustriellen Werten steigen darf, wollen wir gravierende Auswirkungen für Mensch und Umwelt vermeiden. Auf dieses Ziel hat sich die internationale Gemeinschaft in Cancun verständigt. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen alle Industriestaaten ihre

Emissionen gegenüber den Werten von 1990 bis 2050 um 80 % bis 95 % reduzieren.

Ich finde es sehr schade, dass Sie sich auf solche Ziele nicht einlassen können,

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das ist gar nicht wahr!)

dass sie Ihnen zu konkret sind.

Wir sind ja nicht allein auf dieser Welt. Wir haben nur einen kleinen Anteil daran. Mir fällt bei der Diskussion um den Klimaschutz immer wieder folgendes Bild ein: Wir sitzen quasi in einem mit Vollgas fahrenden Auto, fahren auf eine Wand zu und debattieren darüber: Bremsen wir jetzt, bremsen wir nicht? Was machen wir?

CDU und FDP sagen: Bremsen bringt doch eh nichts, da der Schaden auch durch ganz woanders entstehende Emissionen eintreten kann. – Die Piraten sagen – leider –: Bremsen – okay. Das können wir irgendwie machen. Wir legen uns aber nicht fest, wann, wie und wo. Wir schauen einfach einmal.

Ich sage mit meiner Fraktion ganz klipp und klar: Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Das tun wir mit diesem Klimaschutzgesetz. Deswegen ist es genau das Richtige. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP spricht Herr Abgeordneter Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Frau Kollegin Brems, da Sie ja schon ein paar Tage länger dem Hause angehören, finde ich es – ehrlich gesagt – sehr, sehr traurig, dass Sie es immer noch nicht verstanden haben, dass man dadurch, dass man alte, weniger effiziente Kohlekraftwerke durch neue hochmoderne Kohlekraftwerke ersetzt,

(Beifall von der FDP – Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

ein wesentliches Einsparpotenzial nutzt und 30 % CO₂-Ausstoß einsparen kann. Schade, schade, dass dies immer noch nicht bei Ihnen angekommen ist.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, mein Kollege Höne hat eben hervorragend herausgearbeitet,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hervorragend ist relativ!)

welche Gefahren von diesem Gesetz für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen ausgehen.

Herr Wirtschaftsminister Duin, ich hätte erwartet, Sie würden sich heute hier in diese Debatte einbringen. Denn hier wird leider Wirtschaftspolitik durch das Umweltministerium bestimmt. Da Sie sich heute hierzu nicht geäußert haben, komme ich auf Ihre Rede von gestern zu dem Aspekt „Industriestandort“ zurück. Da haben Sie sinngemäß einen ganz wesentlichen Satz gesagt – leider liegt das Wortprotokoll noch nicht vor,

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

aber ich habe es mir bewusst notiert –: Wir wollen die gesamte Wertschöpfungskette hier im Land behalten und nicht tatenlos zusehen, wie gerade in energieintensiven Bereichen die Unternehmen oder die Produktionsstandorte langsam abwandern.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Herr Minister, wenn dieser gestern von Ihnen vorgelegene Satz gilt, dann müssen Sie dafür sorgen, dass dieses Gesetz nicht in Kraft tritt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Ja, Herr Oberlehrer Schmeltzer, mit dem Lesen und mit ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hören und lesen!)

– Herr Schmeltzer, auch Sie als Oberlehrer müssen einmal zuhören. Und jetzt rede ich von hier aus.

(Beifall von der FDP)

Sie sollten nämlich das Anhörungsprotokoll zum Klimaschutzgesetz noch einmal durchlesen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Habe ich!)

Herr Minister Duin, ich kann auch Ihnen nur empfehlen: Lassen Sie sich in Ihrem Hause das Protokoll der Anhörung vorlegen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das Protokoll wurde von Herrn Duin eingesehen und nachgelesen! – Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

In der Anhörung haben Wirtschaft, Industrie und Gewerkschaften dieses Gesetz – und das ist fast genau dasselbe, was uns heute hier vorliegt – in der Luft zerrissen. Es war eine schallende Ohrfeige für die Landesregierung. Wenn dies so in Kraft tritt, dann ist dies wirklich eine immense Benachteiligung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Brockes, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Dietmar Brockes (FDP): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Herr Minister Duin, bitte sorgen Sie dafür, dass die Wirtschaftspolitik nicht weiterhin aus anderen Ressorts negativ bestimmt wird. Bitte setzen Sie sich für die Wirtschaft, für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen ein und sorgen Sie dafür, dass dieses Gesetz so nicht in Kraft tritt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/127 an den Ausschuss für Klimaschutz ...

(Der Präsident wird von einem anderen Präsidiumsmitglied angesprochen.)

Der Abgeordnete Deppe möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Das ist hier nicht so eingereicht worden, dass ich das hätte wahrnehmen können. Ich gebe daher zunächst dem Abgeordneten Deppe das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident hat mich gerügt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Berechtigt!)

Das Wort „Ermächtigungsgesetz“ nehme ich mit ausdrücklichem Bedauern zurück.

(Allgemeiner Beifall)

Einen Vergleich zum Nationalsozialismus habe ich in meiner Rede nicht gezogen. Er war von mir auch nicht beabsichtigt. Die politische Kritik an dem Gesetz bleibt natürlich unverändert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe.

Ich habe eben schon darauf hingewiesen, Kolleginnen und Kollegen, dass mir keine weiteren Wortmeldungen zum Gesetzentwurf vorliegen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/127 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Wer dieser Überweisungsempfehlung

seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? –

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit einer Stimme der CDU! – Jochen Ott [SPD]: Bei Nichtbeteiligung der CDU!)

Damit ist die Überweisung beschlossen – mit unterschiedlicher Beteiligung der Fraktionen.

(Lachen von der SPD)

Aber die Überweisung war einstimmig.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

2 Gesetz zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/126 – Neudruck
erste Lesung

Ich gebe für die Landesregierung Herrn Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Als ich vor fast auf die Stunde genau zwei Wochen dieses Ministeramt übernehmen durfte, wurde ich gleich beschenkt: mit einem gut vorbereiteten, intensiv beratenen und gut durchdachten Mittelstandsförderungsgesetz.

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 754.000 Unternehmen. Davon sind 750.000 kleine und mittelständische Unternehmen, also eine Quote von rund 99,5 %. Das führt uns zu der Erkenntnis, dass man die Bedeutung des Mittelstands und des Handwerks gar nicht überschätzen kann.

Deswegen ist es richtig, ein solches Gesetz vorzulegen. Dieses Gesetz – das wird in dem Text auch deutlich – ist ein klares Bekenntnis: ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zu fairem Wettbewerb, auch zu Selbstständigkeit und Unternehmertum genauso wie zu Mitbestimmung und für das vertrauensvolle Zusammenwirken von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Betriebsräten.

Schon der vorliegende Gesetzentwurf wurde – ungewöhnlich genug – in enger Abstimmung mit den Arbeitgeberverbänden, den Industrie- und Handelskammern, dem Handwerk, der Wissenschaft, den Gewerkschaften, dem Verband der Freien Berufe, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Organisationen gemeinsam erarbeitet.

Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich bei dem früheren Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger für